

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post
25 M., unter Streifband 38 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenufer 1
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

In der Zeit vom 14. bis 27. Januar sind die Beiträge für die 3. u. 4. Woche fällig.

Zum Jahreswechsel!

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit
Und neues Leben blüht aus den Ruinen!“

Mit diesem Dichterwort wollen wir, an der Schwelle eines neuen Jahres kurz zurückschauend, das stolze Bewußtsein mit in die Zukunft hinübernehmen, Zeugen einer großen Zeit, des Anbruchs einer neuen, hoffentlich besseren Epoche für die Gesamtarbeiterschaft gewesen zu sein. Sorgen wir nun dafür, daß dieser große Moment kein kleines Geschlecht findet, sondern setzen wir alle unsere Kräfte, unser ganzes Wollen daran, daß wirklich neues Leben aus den Ruinen der blutigen Vergangenheit blüht.

Noch liegt die Zukunft dunkel vor uns, aber es wird sicher harter Kämpfe bedürfen, um im Ringen um die Befreiung der Arbeiterschaft die erstürmten Positionen zu halten. Rüsten wir daher rechtzeitig, nicht nur finanziell, sondern auch geistig, um allen Anforderungen gewachsen zu sein.

Wenn uns auch das verfllossene Jahr noch nicht an das Ziel unserer Wünsche gebracht hat, so wollen wir doch nicht vergessen, daß das Leben ein steter Kampf ist. Wir dürfen nicht stillstehen, können aber auch mit Genugtuung gerade auf das letzte Jahr zurückblicken, das dank der Mitarbeit und der Opferwilligkeit unserer Mitgliedschaft nicht zu den schlechtesten in der Geschichte unserer Organisation zählt. Möge nun das neue Jahr jedem einzelnen und unserem Verband so wenig als möglich Enttäuschungen bringen, dann wird es sich lohnen, mit frischen Kräften an's Werk zu gehen!

Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

Hauptvorstand und Schriftleitung.

1922 — 1923.

Zum neunten Male seit Ausbruch des Weltkrieges hat sich die Menschheit jetzt ein glückliches und fröhliches Neujahr gewünscht. Leider ohne Erfolg! Denn, wenn auch der Krieg mit den Waffen für uns ruht, so tobt der soziale Kampf schärfer denn je. Immer größer wird der Klassenunterschied. Auf der einen Seite empörender Überfluß und Gewinn, empörende Gemütsucht, und auf der anderen Seite versinken immer neue Scharen in fürchterliches Elend, in grausige Not.

Düsterer denn je liegt die Zukunft vor uns, besonders für die Arbeiterschaft. Ungelöst sind noch genau so wie im Vorjahre die großen politischen Fragen, die Erleichterungen der ungeheuren Lasten des Friedensvertrages mit seinen ganzen innen- und außenpolitischen Folgewirkungen. Zahlreiche Konferenzen wurden zwecks Lösung — leider erfolglos — abgehalten. Eine neue tagte bereits in Paris, ohne daß nur ein Hoffnungsschimmer auf Besserung besteht. Die ganze Welt befindet sich in einem Fieberzustand.

Nicht nur in Deutschland, Österreich und Rußland befindet sich die Volksmehrheit in großer Not, die Zahl der Arbeitslosen in Amerika, England, Skandinavien, Holland, Schweiz und Italien geht in die Millionen. Was nützt der dortigen Arbeiterschaft die günstige Valuta, auf die wir so oft mit Neid blicken, wenn sie keine Arbeit und kein Brot hat. In England ist die Not der zwei Millionen Arbeitslosen so groß, daß sie zu Tausenden nach

London strömen und stürmisch Abhilfe von der Gesetzgebung verlangen.

Über die Verhältnisse in Deutschland brauchen wir kein Wort zu verlieren. Jeder kennt sie. Nur kurz zurückblicken wollen wir auf die hinter uns liegenden Ereignisse; denn diese überstürzten sich derartig, daß wir selbst zu leicht vergessen und über- oder unterschätzen.

Der Dollar wurde mit Beginn des letzten Jahres auf 300 M. bewertet und stieg bis auf 9500 M. Das bedeutete eine ungeheure Steigerung aller Preise. Das Existenzminimum für ein kinderloses Ehepaar war vom letzten Vorkriegsjahr bis Dezember 1921 auf das 18,7fache, im November 1922 aber auf das 553,4fache gestiegen! Als Höchstlöhne wurden am Schlusse des Jahres 1921 gezahlt: in Erfurt 7,60 M., in den holsteinischen Baumschulen 7,50 M., in der Landschaftsgärtnerei Hamburg 10,80 M. Am Schlusse des Jahres 1922 dagegen: in Erfurt 235,— M., in den holsteinischen Baumschulen 292,— M., in der Landschaftsgärtnerei Hamburg 329,— M. Während unsere Verbandseinnahmen sich für das ganze Jahr 1921 auf 1737000 M. beliefen, so betragen sie allein für das 3. Quartal 1922 2098000 M., die Ausgaben des Jahres 1921 bezifferten sich auf 1643000 M., die des 3. Quartals 1922 hingegen auf 1781000 M. Betragen unsere Höchstbeiträge am Jahresbeginn 7—8 M. wöchentlich, so standen sie am Jahres-schluß auf 200—300 M.

Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um die Preisrevolution des vergangenen Jahres mit all ihren Folgerungen zu kennzeichnen. Für alle Organisationen ohne Unterschied brachte diese Entwicklung die größten Schwierigkeiten, die nur durch schnellste Anpassung behoben werden können. Für unseren Verband erforderten diese Verhältnisse außer anderen Änderungen die der Erscheinungsweise unserer Zeitung. Bei Jahresbeginn acht-tägig vierseitig erscheinend, konnten wir sie in der letzten Hälfte nur vierzehntägig achtseitig und mit Jahresschluß nur vierzehntägig vierseitig herausgeben. Unser „Gärtner-Fachblatt“, das vierzehntägig erschien, kann nur noch einmal monatlich gedruckt werden. Noch schlimmer ist die Wirkung der Preisentwicklung auf das Zeitungswesen der Unternehmer gewesen. Ab 1. Januar dieses Jahres haben die „Süddeutsche Gärtnerzeitung“, die „Schlesische Gärtnerbörse“ und das „Sächsische Gärtnerblatt“ ihr Erscheinen ganz eingestellt.

Noch hat diese Entwicklung, die auch andere Gewerkschafts- und Tageszeitungen betraf, ihren Abschluß nicht gefunden. Wie sie endet und was alles in diesem Strudel verschlungen wird wissen wir natürlich nicht. Aber schon drohen neue Gefahren! Die wahnsinnige Preisentwicklung bringt Absatzstockungen für das In- und Ausland. Nur das Notwendigste wird von den Verbrauchern noch gekauft. Damit droht eine Wirtschaftskrise. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt in den letzten Wochen bedenklich zu. Bei der heutigen Teuerung bedeutet aber Arbeitslosigkeit unübersehbares Elend. Wir wissen aber auch, daß das Unternehmertum diese Gelegenheit ausnutzen wird, um die ohnehin unzulänglichen Löhne herabzusetzen, sich der Tarifverträge zu entledigen, überhaupt den Einfluß der Arbeiterschaft zu hemmen. Schon die Vorgänge der letzten Monate in allen Betrieben deuten die Entwicklung an.

Unsere Unternehmer sind hiervon natürlich nicht ausgenommen. Je rückständiger ein Beruf, je mehr der Kleinbetrieb in einem solchen vorherrscht, desto rückschrittlicher die Haltung des Unternehmertums. Für unseren Beruf kommt noch in Betracht, daß er sich zum großen Teil trotz bisher allgemein günstiger Wirtschaftslage auf absteigendem Ast befindet. Wir schilderten diese Entwicklung ausführlich in dem Artikel „Die wirtschaftliche Lage unseres Berufes“ in den Nummern 36 und 37 unserer Zeitung. Die Handelsgärtnerei ist mit Ausnahme weniger Großbetriebe weiter zurückgegangen. Ein schlimmes Aussehen haben unsere Blumengeschäfte in den letzten vier Wochen bekommen. In den Stadtgärtnereien werden weitere große Einschränkungen

gemeldet, und auch die Landschaftsgärtnerei beginnt, trotz anhaltender günstiger Witterung, nachzulassen.

Der Ausblick für die Zukunft ist also ungünstig. Nichts wäre aber falscher, als den Mut zu verlieren, zu verzagen. Haben wir nun Jahre des schlimmsten Elends überstanden, so kann uns auch das bevorstehende nicht erschrecken. Es kommt nur darauf an, wie wir uns verhalten. Steht die Kollegenschaft, von Ausnahmen abgesehen, fest wie bisher, so werden wir auch vor der Zukunft nicht bangen. Der Organisationsstand ist im vergangenen Jahre trotz des Berufsniederganges ziemlich stabil geblieben. Am Schlusse des 4. Quartals 1921 zählten wir 19416 Mitglieder, darunter 3400 weibliche. Der Markenumsatz betrug 200 076. Im 3. Quartal 1922 zählten wir 19 087 Mitglieder, davon 4 104 weibliche. Der Markenumsatz betrug 214760. Diese Zahlen zeigen, daß unsere Kollegen ihre gewerkschaftliche Organisation als das betrachten, was sie ist: das einzige Bollwerk im wirtschaftlichen Kampfe.

Unserer aller Aufgabe muß es sein, daß auch in der vor uns liegenden Zeit diese Erkenntnis nicht nur bleibt, sondern noch zunimmt; denn zahlreiche Kollegen stehen noch abseits. Die Agitation ist heute kostspieliger, schwieriger denn je. Deshalb muß jeder Einzelne jede Gelegenheit zur Werbearbeit benutzen. In dieser Beziehung bleibt leider viel zu wünschen übrig. Es ist aber auch erforderlich, daß mehr denn je die Einheitlichkeit in der Arbeiterschaft gewahrt und vergrößert wird. Im Kampfe bedeutet jede Zersplitterung, jede Uneinigkeit Schwächung der Position. Betrachtet man die Auseinandersetzungen, die Meinungskämpfe in der Arbeiterschaft, so könnte man der Auffassung sein, daß wir keine gefährlichen Gegner haben. Dem ist nicht so. Wir brauchen nur die im vergangenen Jahre in den Parlamenten eingebrachten bzw. erledigten Gesetzentwürfe über die Erwerbslosenversicherung, das Arbeitsnachweisgesetz, das vorbereitete Lehrlingengesetz und ganz besonders das Arbeitszeitgesetz und die Angriffe des gesamten Unternehmertums zu beachten, um zu wissen, daß wir einem entschlossenen Gegner gegenüberstehen, demgegenüber jede Uneinigkeit Verrat bedeutet. **Entschlossenheit, Einigkeit und Kaltblütigkeit in der Arbeiterschaft sind die Vorbedingung zur Überwindung der sich im neuen Jahr vor uns auftürmenden Schwierigkeiten.**

Wir sind überzeugt, daß wir sie überwinden werden, denn wir sind Kampforganisationen, sind im Kampfe groß und stark geworden und brauchen deshalb den Kampf nicht zu fürchten.

J. Busch.

Das neue Jahr des Proletariats.

Friede auf Erden! So tönte es vor kurzem noch durch alle Lande, von allen Türmen und Kanzeln, neue Hoffnungen für das neue Jahr weckend! Und doch ist es eine Lüge! Es ist kein Friede auf Erden! Es muß heißen: „Hunger auf Erden“, solange in allen Hütten der arbeitenden Klasse um das tägliche Brot gekämpft werden muß, solange tausende von Arbeiterfamilien nicht wissen, wo sie mit ihren wegen Kleider- und Kohlenmangel frierenden Kindern Unterschlupf finden sollen, während die Lebensmittel- und Kleidergeschäfte mit dem Feinsten vollgepropt sind und wohlige Wärme aus den Palästen der Reichen schimmert. Also Überfluß für reiche Faulenzer und Not bei den Arbeitern, das wird auch im neuen Jahr die Parole sein. Und nimmt man sich von den Vorräten, so ruft diese „Friedensgesellschaft“ voll Kühnheit: Diebstahl!, obgleich sie selbst nur immer Raubbau an anderen getrieben hat.

Was ist das, Friede auf Erden, Proletariat? Wenn diese Fanfaren wieder ertönen, so denke an die Segnungen des „Friedens“-Vertrages, der wie ein Damoklesschwert über uns schwebt, neue furchtbare Verwicklungen in sich bergend, denke an die herrlichen Zeiten, die uns der „Friedens“-Kaiser beschert hat, denke an dein vergangenes Leben, an Krankheit, Not und Sorge der Zukunft. Denkt nach, ihr greisen Väter und Mütter, die hofftet, auf eure alten Tage eine Stütze an euren Kindern zu haben. Der Krieg hat sie gefordert, der „Friedens“-Gott Kapitalismus hat sie vernichtet, nun müßt ihr wieder in der harten Front des Kapitalismus schaffen, um eure Enkelkinder zu ernähren und der Dank des Vaterlandes ist euch ebenso gewiß wie jenen Krüppeln, die heute bettelnd auf den Straßen liegen. Und du Witwe denke an deinen Gatten, den dir dieselbe Friedensglocke geraubt hat, als sie zum Krieg Sturm läutete. Heute zitterst du vor Überanstrengung, deine Küche und Keller sind öde, dein Haus kalt und leer. Aber trotzdem versuchen Pharisäer und Heuchler dein Mutterherz zu umgarnen und mit dem Haßgedanken der Gewalt zu erfüllen, die sie als das Hohe Lied der Zukunft preisen.

Ruft alle ihnen zu: Ihr lügt und habt immer gelogen, ihr habt vom Frieden geredet und zugleich Mordwerkzeuge gesegnet. Ihr predigt nur Sturm, Krieg und Sieg!

Arbeitsbrüder und -Schwestern, zwingt diese falschen Apostel, im neuen Jahr die Wahrheit zu reden, indem ihr euch noch fester als im alten Jahr zusammenschließt und eine unüberwindliche Mauer gegen Ausbeutung und Gewalt aufrichtet, dann wird uns allen ein schönes Morgenrot der Zukunft leuchten!

G. Kruttwig, Duisburg.

Laßt die andern hungern, wenn nur wir verdienen.

Die Arbeitnehmer der Kölner Landschaftsgärtnerei hatten Lohnforderungen gestellt, die von den Herren Gartenkünstlern mit folgendem Schreiben, das weder Absender oder Firma trug und einschließlich der Unterschriften mit Maschine geschrieben war, beantwortet wurden:

„Die unten genannten Arbeitgeber haben heute (18. 12.) beschlossen: Die Unterzeichneten verpflichten sich zu folgendem Abkommen: Am Dienstag, den 19. Dezember, wird den Arbeitnehmern bekanntgegeben, daß der jetzt gültige Lohn bis zum 31. Dezember bezahlt wird; es wird angenommen, daß jeder Arbeitnehmer, der am Mittwoch, den 20. Dezember, zur Arbeit erscheint, mit dieser Lohnhöhe einverstanden ist. gez.: Wanning, Reinhard, Eisenmenger, Fasbender, Glaubitz, Wind, Hennig, Käufer, Trebst, Nepper, Gerhartz.“

Der Verfasser dieses Dokumentes ist Herr Gartenarchitekt Reinhard, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, ohne den Achtstundentag in Grund und Boden zu verfluchen, der in der Weihnachtswochen zwei Mann wegen Arbeitsmangel entlassen und drei weiteren die Entlassung in Aussicht gestellt hat.

Wie die Herrschaften zu rechnen verstehen, wenn es in ihre Taschen geht, zeigen einige Beispiele. Nach den Beschlüssen des Reichsverbandes deutscher Gartenbaubetriebe wird für Arbeitsleistung der Arbeiter berechnet: Produktiver Arbeitslohn plus 45 % Unkosten, dann auf diese so errechnete Summe 20 % Gewinn. Das gibt bei einem Stundenlohn von 300 M. eine Rechnung von 522 M. pro Stunde oder 73 % Zuschlag. Doch damit noch nicht genug. Auch an den Lieferungen kann noch etwas herausgeschlagen werden. Herr Reinhard hat auf dem Bundestag deutscher Gartenarchitekten namens dieser gefordert, daß die Baumschulen direkt auf Rechnung und Gefahr der Auftraggeber liefern. Der Gartenarchitekt fordert von der Baumschule 40 % Rabatt. Garantie für Anwachsen übernimmt er nicht.

Man hat bei dieser Forderung alle Ursache, Garantie abzulehnen, denn wenn man 40 % Rabatt erwartet, dann darf man von der Qualität der Ware — insbesondere bei der heutigen Knappheit — nicht gerade viel erwarten. Doch das ist ja Nebensache. Hauptsache ist und bleibt der Profit!

Mit dieser Haltung in der Lohnfrage haben die Landschaftsgärtner mit den Handelsgärtnern die Einheitsfront wieder hergestellt. Gartenkünstler und Gartenbauer Arm in Arm. Denn auch bei den letzteren kann man rechnen. Herr Himmelmann, der Vorsitzende der Preiskommission, gibt jede Woche die neue Parole heraus: „Friedenspreis mal 800“, zu einer Zeit, wo seine gelehrten Leute mit knappen 100 M. pro Stunde nachhause gingen. Die Waren aber — nicht nur die eigenen, sondern auch eigens dazu aufgekauften — gehen für Rechnung in Gulden nach Holland. Und damit die Arbeitnehmer auch etwas von dem Segen erhalten, gibt der gute Mann den Arbeitgebern schriftlich, daß für die Mitglieder seiner Organisation kein Tarif besteht.

Wer die Herrschaften persönlich kennen lernt, der sieht sie von sozialem Empfinden tiefen (!)

Sch.

Ledig aller Pflicht.

In der „Inkunkunst“ Nr. 34 lasen wir nachstehenden beherzigenswerten Artikel, von dem wir nur wünschen, daß er in möglichst vielen Krisen jener Gartenbauern gelesen werden möchte, deren Sprüche lauten: Früh auf, spät nieder, iß schnell, dann an die Arbeit wieder. Es ist schon immer unsere Auffassung gewesen, daß Unternehmer, die nur von der Hand in den Mund leben, keine Existenzberechtigung haben. Im großen und ganzen sollte an die Stelle der Mistgabel der Rechenstift treten.

„So ein Angestellter hat es doch schön“, denkt so mancher Geschäftsinhaber, der vergaß, daß er selbst einmal Angestellter war, „wenn der nach seiner achtstündigen Arbeitszeit die Klinke der Latentür in die Hand nimmt, hat er nichts weiter zu sorgen.“ Man denkt an Schillers Spruch in der „Glocke: Ledig aller Pflicht, hört der Bursch die Vesper schlagen: Meister muß sich immer plagen. Es ist ja wahr, Schillers Wort hat auch heute noch vielfach Berechtigung; aber es trifft doch nicht immer zu. Man soll nicht ungerecht sein, und anerkennen, daß es immer noch Ange-

stellte gibt, die ein gut Teil ihrer Freizeit zu ihrer Weiterbildung nutzen, was doch dem Geschäfte und dem Berufe auch zum Nutzen gereichen muß. Solche Angestellte wissen, daß sie schon um ihrer selbst willen sich dazuhalten müssen, um sich weiter zu bilden und zu lernen. Der eigene Selbsterhaltungstrieb zwingt sie schon, sich auch nach Feierabendglockenschlag zu plagen. Sie tun's aus reinem Eigennutz. Und nun mal offen: Hat der Meister andere Triebfedern, wenn er sich über Feierabend hinaus plagt, oder gilt nicht vielmehr diese Plage auch lediglich dem eigenen Ich, der Selbsterhaltung oder der Mehrung des eigenen Vorteils?

Aber etwas anderes. Muß denn der Meister sich immer plagen? Ein uraltes Volkswort, das geprägt wurde, als man noch keinen gewerkschaftlichen Kampf kannte, redet der Dreiteilung des 24stündigen Tages das Wort: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf. In acht Stunden läßt sich allerlei Arbeit schaffen, wenn nur Zweckmäßigkeit und guter Wille herrschen; die Arbeit braucht gar nicht in wilde Schufferei auszuarten. Die Kraft der Jugendfrische mag durch diese Arbeit nicht voll ausgeschöpft zu sein; da ist es dann wohl am Platze, wenn ein weiterer Teil der übrigen Zeit auch der Arbeit gewidmet wird, der Fortbildung, zumal solche Fortbildungsarbeit nicht als eine reine Fortsetzung der täglichen Arbeitsleistung anzusehen ist, sondern diese eher ein kräfteausgleichendes Gegengewicht zu bieten vermag. In der reiferen Zeit und erst recht im Alter, da soll der Mensch sich genügen an der täglichen, festliegenden Arbeitsleistung. Er muß in seiner Jugend soviel geschafft haben, daß nun ein sinnigeres Ausruhen ihm mehr zusteht.

Jede Selbständigkeit, die sich der Mensch im wirtschaftlichen Leben schafft, sollte so sein, daß des Meisters Plage schon vor dem Schlafengehen abgerissen ist. Wo einer sich „Tag und Nacht“ um seine Existenz abmühen muß, da ist etwas faul. Übrigens ist es vielfach auch nur gedankenlose Angewohnheit, sich ständig zu plagen. Vergewöhnung ist es einmal die Zeit der Einführung der Sonntagsruhe. Wie mancher Geschäftsmann hat damals geglaubt, er müsse zugrunde gehen, wenn er sich des Sonntags, wenn der Fabrikarbeiter spazieren ging, nicht in den Laden stellen dürfe. Heute sehen wir, daß es sehr wohl mit der Sonntagsruhe geht. Ähnlich ging es bei der Begrenzung der täglichen Geschäftszeit. Zeder und Mordio hat mancher Geschäftsmann geschrien, als es ihm verboten wurde, seinen Laden bis in die Nacht hinein nach Belieben offen zu halten. Sehnt sich heute noch einer nach den vergangenen Zeiten zurück? Gewiß keiner, aber man macht sich seine Geschäftssorgen doch noch über die tägliche Geschäftszeit hinaus. Doch das sollte nicht sein und braucht nicht zu sein.

Sehen wir uns einmal den durchschnittsamerikanischen Geschäftsmann an. Sein Geschäft geht ihm über alles — während der Geschäftszeit, da kennt er keinerlei Regungen irgend welcher andern Art, dem Geschäft fremde Gefühle gibt es da nicht, da ist er selbst ganz und gar Geschäft. Zieht er aber mit Geschäfts-schluß seinen Geschäftsmittel aus, so hängt er mit diesem zugleich den Geschäftsmann an den Nagel. Nun ist er vollständig Privatmann, der nur Sinn und Gedanken für seine Persönlichkeit kennt, der mit Fleiß es meidet, daß irgendwelche geschäftliche Plagen sich einstellen können. Der amerikanische Geschäftsmann weiß, daß er sein Geschäft führt, um Leben zu können. In unserer Geschäftswelt denkt gar mancher anders, er meint zu leben um zu arbeiten. Die Begriffe werden hier verwechselt.

Warum kann das bei uns nicht ebenso sein? Es wäre gar nicht so schlimm, es dem Amerikaner in dieser Beziehung gleich-tun zu können. Notwendig ist dazu vor allem eine zweckmäßige und ausgiebige Ausnutzung der Geschäftszeit. Wer dieses fertig bringt, für den muß es unbedingt bei Schluß der Geschäftszeit heißen: „Ledig aller Pflicht!“

Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Kurz vor Torresschluß des alten Jahres, am 30. Dezember, wurde im Reichsgesetzblatt Nr. 86 das neue, nach heftigen Kämpfen verabschiedete Einkommensteuergesetz veröffentlicht. Der Vorstand des A. D. G. B. hat bereits in einer Denkschrift an den Reichskanzler und in einer nachfolgenden Besprechung mit ihm eine grundlegende Änderung der abzugsfähigen Ermäßigungen nach oben gefordert, um die Ungerechtigkeiten gegenüber den Gewerbetreibenden auszugleichen, die ihre Steuern bekanntlich erst später wie alle Arbeitnehmer und dann mit entwertetem Geld entrichten. Bis zur endgültigen Erledigung dieser Anträge gelten folgende Bestimmungen:

Laut Artikel II (§ 21) beträgt die Einkommensteuer im Jahre 1922 für die ersten 400 000 M. des steuerbaren Einkommens, d. h. also der Summe, die nach Abzug der Ermäßigungen übrig bleibt, 10%. Bisher ging die Grenze nur bis 100 000 M. Infolge der Geldentwertung überschritten natürlich viele Einkommen diese Grenze, während der Lohnabzug nach § 46 für alle Einkommen bei 10% verblieb. Dadurch wäre eine Nachveranlagung mit Nachzahlungen nötig geworden, die unge-

Neuregelung der Streikunterstützung.

Verbandsbeirat und Hauptvorstand haben übereinstimmend eine Neuregelung der Streikunterstützung beschlossen. Das Leitmotiv war eine verhältnismäßig weiter ansteigende Erhöhung der Sätze der Kollegen mit längerer Mitgliedschaft. Zu diesem Zwecke wurden zwei weitere Staffeln, nach 26- und 156 wöchiger Mitgliedschaft, geschaffen. Die Unterstützungssätze selbst sind in ein stets gleichbleibendes Verhältnis zum Beitrag gebracht. Sie betragen nach einer Mitgliedschaft

von	13	26	52	156	260 Beitragswochen
das	1%	2	2½	2¾	2¾ fache des Beitrages.
Zum Beispiel bei einem Beitrag von					
20 M.	35	40	45	50	55 M. pro Tag
40 "	70	80	90	100	110 M. " "
60 "	105	120	135	150	165 M. " "
100 "	175	200	225	250	275 M. " "
200 "	350	400	450	500	550 M. " "

Der Kinderzuschlag wird im Verhältnis zu der Streikunterstützung geregelt. Er beträgt pro Woche und Kind 10% eines Tagessatzes der zustehenden Streikunterstützung. Die Hauptverwaltung. Alb. Lehmann.

heure Arbeit verursacht und doch kein Ergebnis gehabt hätte, weil niemand in der Lage ist, diese Beträge hinterher aufzubringen. Alle übrigen Bestimmungen interessieren nur die Selbstveranlager. Wer glaubt, daß ihm zuviel abgezogen wurde, oder daß die Ermäßigungen nicht voll in Anrechnung gebracht worden sind, kann Veranlagung beantragen und erhält gegebenenfalls die betreffenden Beträge in bar zurück.

Der Artikel I regelt die Lohnsteuer ab 1. Januar 1923. Bis zu einem steuerbaren Einkommen von 1 000 000 M. werden 10% Steuer erhoben. Davon gehen ab:

	Monatlich	Wöchentlich	Täglich
Für den Mann	200 M.	48 M.	8 M.
Für die Frau	200 "	48 "	8 "
Für jedes Kind	1000 "	240 "	40 "
Werbungskosten	1000 "	240 "	40 "

Zu den Werbungskosten (§ 13) gehören auch Sterbekassenbeiträge (Ziffer 4) bis zu 8000 M. jährlich (bisher 1000 M.), Versicherungsprämien für Lebensversicherungen (Ziffer 5) bis zu 48 000 M. (8000 M.) und Spareinlagen (Ziff. 5a) bis zu 48 000 M. (8000 M.).

Angesichts der heutigen hohen Fahrkosten zur Arbeitsstelle (Ziff. 1d), der hohen Versicherungsbeiträge für die Sozialversicherungen (Ziff. 3) und der ebenfalls gestiegenen Gewerkschaftsbeiträge (Ziff. 6) empfiehlt es sich sehr, beim zuständigen Finanzamt die Erhöhung des Werbungkostensatzes gemäß § 46, Ziffer 3, zu stellen, weil in den meisten Fällen die jetzt dafür vorgesehenen Beträge nicht ausreichen werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die nach § 13, Ziffer 1-7 zulässigen jährlichen Abzüge von 120 000 M. um mindestens 10 000 M. überschritten werden.

Betr. der Eintragungen der Familienangehörigen im Steuerbuch wird angeordnet, daß Änderungen hinsichtlich der Frau und Kinder von der Gemeindebehörde, für sonstige mittellose Angehörige nur vom Finanzamt vorgenommen werden können.

W. R.

Zehn Jahre freigewerkschaftliche Gärtnerverorganisation in Oesterreich.

Bis zum Jahre 1912 waren unsere österreichischen Kollegen als Sektion im dortigen Handels- und Transportarbeiterverband organisiert. Mit dem Monat Januar 1913 nahm der neugegründete „Verband der Gärtnere Österreichs“ unter Mithilfe unseres Verbandes seine Tätigkeit auf, was angesichts der früheren Mißerfolge und des Standesdünkels vieler Kollegen mit allerlei Schwierigkeiten verbunden war. Aber die kaum glaublichen Arbeitsbedingungen der damaligen österreichischen Gärtnerei lösten ein starkes Bedürfnis nach einer wirklichen Kampforganisation aus und so gelang es dank der unerschütterlichen Geduld und des hoffnungsfrohen Glaubens an eine bessere Zukunft, den Verband bis kurz vor Kriegsausbruch auf rund 500 Mitglieder in 20 Ortsgruppen zu bringen. Das war für dortige Verhältnisse schon ein bedeutender Erfolg, an dem auch die Lieferung unserer Allgemeinen Deutschen Gärtnerezeitung ihren Anteil hatte. Bis Kriegsende sank die Mitgliederzahl wieder auf 80 bis 100, aber diese kleine, mutige Schaar nahm trotz der Zerstückelung Österreichs im Jahre 1919 ihre agitatorische und organisatorische Tätigkeit wieder auf. Dabei gelang es ihr, den Privatgärtnerverband, dessen Mitglieder durch den Krieg einen

prachtvollen Anschauungsunterricht genossen hatten, zum Anschluß zu bewegen. Das war die Zeit des großen Aufschwungs aller gewerkschaftlichen Organisationen, in der es der Bruderverband in dem kleinen Österreich bis auf 2500 Mitglieder brachte.

Leider spitzten sich unter dem Druck des Friedensvertrages die wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs so zu, daß die Selbständigkeit unserer Bruderorganisation auf die Dauer unmöglich wurde, weil durch den unaufhaltsamen Rückgang der Gärtnerei die Abwanderung aus dem Beruf immer größeren Umfang annahm.

Infolgedessen schloß sich die Organisation im Interesse ihrer Mitglieder dem Land- und Forstarbeiterverband als besondere Sektion an. Durch dessen Druck waren nicht nur Abschlüsse von Tarifverträgen wieder möglich, sondern es wurde auch die Krankenversicherungspflicht für alle Gärtner gesetzlich eingeführt und sonstige Vorteile errungen. Trotz alledem bleibt natürlich für die Gärtnersktion noch vielerlei Berufliches zu regeln, um den dortigen Gartenbau in neue, fortschrittliche Bahnen zu lenken. Möge es deshalb der Bruderorganisation und ihren tatkräftigen Führern gelingen, im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens wieder einen tüchtigen Schritt vorwärts zu tun, damit die gesamte österreichische Kollegenschaft Anteil an den Fortschritten der dortigen Arbeiterbewegung hat!

Lehrlings- und Bildungswesen

Lehrlingsordnung und Vormundschaftsbehörden.

Das Sächsische Gärtnerblatt, welches übrigens für 1923 nicht mehr erscheint, berichtet in seiner letzten Nummer amtlich, daß durch Zusammenarbeit verschiedener Ministerien eine Verfügung herausgegangen ist, nach welcher die Vormundschaftsbehörden angewiesen werden, Lehrverträge aufzulösen, wenn dem Lehrherrn die Anerkennung als Lehrwirtschaft entzogen wird. Das ist eine sehr erfreuliche erste Maßnahme, um den unverbindlichen Lehrlehrlingsbestimmungen endlich ein festeres Gepräge und den verantwortungslosen Lehrherrn eine Warnung zu geben. Hoffentlich ahmen die anderen Freistaaten dieses Beispiel recht bald nach.

Berichte

Sanatorium für Mastkur.

Herr Klissing, Handelsgärtner in Barth (Pommern), hat es sich zur Aufgabe gemacht, bahnbrechend auf dem Gebiete der Ernährung zu wirken, indem er der Mitwelt zeigen will, wie sparsam gewirtschaftet werden kann. Sein nachstehendes Rezept findet aber nur Anwendung auf die Gehilfen und Lehrlinge, die dort beschäftigt sind.

Zum 1. und 2. Frühstück, zusammengefaßt, wird ein Teller Wassersuppe und zwei Stullen, mit Margarine beschmiert, verabreicht. Mittags gibt es in der Regel zusammengekochtes Gemüse, mit sehr viel Wasser und wenig Fett, so daß nach einem alten Volks-Witzwort mehr Augen hinein- als herausgucken. Nur Sonntags gibt es — Knochen mit Fleischfasern bekleidet. Nachmittags erhält jeder zwei Stullen mit Sirup oder Kunsthonig und abends gibt es Pellkartoffeln mit Mehlstippe. Als besondere Beilage wird ab und zu ein Stück saure Gurke oder eine Scheibe Pferdewurst verabfolgt. Mittags und abends nimmt Herr Klissing an den Mahlzeiten teil, ist aber wegen der hochwertigen Qualität des Essens sehr wenig, um nicht an Verdauungsstörungen zu erkranken. Zu dieser glänzenden Verpflegung tritt noch ein Barlohn von 2700—3000 M. pro Monat für 24—25-jährige Gehilfen, so daß für sie bei einer vierteljährlichen Beschäftigungsdauer die Möglichkeit besteht, ein Bad zur Entfettungskur aufsuchen zu müssen. Jedoch ist die normale Beschäftigungsdauer meistens eine viel kürzere.

Herr Klissing ist selbstverständlich deutsch-national, macht glänzende Auslandsgeschäfte und läßt seine Mitarbeiter, deutsche Volksgenossen, buchstäblich hungern. Diese Unternehmermoral zwingt uns, die dortigen Zustände an den Pranger zu stellen und die Kollegenschaft zu warnen, nicht auf die jetzt erscheinenden Inserate hereinzufallen. F. Klatt.

Humoristisches aus der Republik.

Möllers Deutsche Gärtner-Zeitung, Erfurt, berichtet in ihrer Nummer vom 12. Dezember 1922 freudestrahlend, daß dem Hofgarteninspektor Lüth-Eutin anlässlich des 70. Geburtstages seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg das Verdienstkreuz I. Klasse verliehen wurde.

Man weiß nicht, ob man über die Dummheit oder Dreistigkeit, die aus jedem Wort dieser schweifwedehtenden Mitteilung blüht, mehr erstaunt sein soll. Wie kindisch müssen doch Leute sein, die glauben, eine neue Zeit durch Aufwärmung solcher alten Mätschen aufhalten zu können, deren Männerstolz vor

Königsthronen erbärmlich zusammenbricht, sobald es gilt, der staunenden Mitwelt zu erzählen, daß die glücklicherweise abgesägten Potentätchen immer noch wohl und munter sind und die Intelligenz ihrer Untertanen genau wie früher einschätzen, indem sie ihnen zu nichtsverpflichtende Außerlichkeiten schenken, die in der heutigen Zeit wie Kotillonscherze wirken und von anderen, mehr realen Forderungen ablenken sollen.

Trotz alledem gibt es noch eine Menge Leute, denen ein solcher Piepmatz im Knopfloch oder irgendein hochtrabender Titel lieber ist als alles andere und die deshalb der verschwundenen Pracht der Monarchen schweren Herzens nachtrauern, indem sie sich dadurch an der Republik zu rächen versuchen, daß sie ihr Dasein starrsinnig ableugnen und ihre Mißachtung durch fortwährendes Betonen der monarchischen Außerlichkeiten beweisen.

Dazu gehören auch gewisse Leute im Königsberger botanischen Garten, die noch am 31. Oktober v. J. eine Drucksache mit dem auffälligen Stempel

Königlicher Botanischer Garten in der linken Ecke versandten, die uns dann mit einer entsprechenden Glosse zugeschiedt wurde.

Sogar der Ausschuß für Gartenbau beim Landeskulturrat für den Freistaat Sachsen hat im vorigen Jahr noch einen Stempel „Königreich Sachsen“ benutzt. Wir wissen zwar, daß dort der Fortschritt sich nur langsam Bahn bricht, aber vier Jahre nach der Revolution wäre es doch allmählich Zeit gewesen, dieses Möbel in die Rumpelkammer des Obrigkeitsstaates zu werfen.

Hoffen wir, daß das neue Jahr hier Wandel bringt, deshalb schließen wir mit einigen Worten aus dem Neujahrswunsche des Satirikers A. Gläbrenner vom Jahre 1848:

Vorwandle unsere jetzigen Helden in Bürger und unsere Bürger in Helden!

Rundschau

Schutz der gewerkschaftlichen Arbeit.

„Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, verlangt in einem Leitartikel vermehrten Schutz der gewerkschaftlichen Arbeit. Mit der Steigerung der Beiträge wachse die Gefahr, daß sich das Heer der Unorganisierten und Gelben in stärkerem Maße vermehre. Die Gewerkschaften müßten demgegenüber verlangen, daß die von ihnen errungenen Erfolge nur den Organisierten zugute kämen.

Es sollen die mit großen Opfern und nach mühevoller Arbeit der Gewerkschaften erzielten materiellen und ideellen Erfolge, für welche die Gewerkschaftsmitglieder die Voraussetzung schufen, nur den Gewerkschaftsmitgliedern zugute kommen, nicht aber jenen Leuten, die für die Gewerkschaftsarbeit nicht nur nichts geleistet, sondern nur Hohn und Spott übrig haben. Diese Forderung ist sittlich ebenso begründet wie jene, daß derjenige, der einen Acker bearbeitet und einsät, auch das Recht der Ernte hat; derjenige aber, der, ohne gesät zu haben, die reife Frucht des Nachbarn ernten will, wird vom sittlichen Standpunkte und vom Strafgesetzbuche als Dieb bezeichnet. Sollte eine gewerkschaftliche Organisation nicht das gleiche Recht haben, sich gegen Diebstahl zu schützen, so gut wie jeder Eigentümer vom Gesetz gegen Diebstahl geschützt wird?

Bekanntmachungen

Berlin. Branchenversammlung der Gruppe Gemeindearbeiter im Rest. Schulz, Berlin, Elisabethstr. 30, am Donnerstag, den 18. Januar 1923, abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Pünktlich erscheinen!

Hamburg. Wer weiß den jetzigen Aufenthalt des Kollegen Herrmann Dohm, bis Frühjahr 1922 auf Gut Kühren bei Preetz beschäftigt? Zweckdienliche Angaben sind an die Gauleitung Hamburg, Besenbinderhof 59, Zimmer 1, zu richten.

Sterbetafel.

Im Dezember verstarb das Mitglied der Ortsverwaltung Lübeck, der Kollege Heinrich Wulf, im Alter von 64 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Bücherschau

Die schwierigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme der Gegenwart zu begreifen, ermöglicht das Studium der Schriften von Dr. R. Kuczyński. Deshalb hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, das alleinige Verlagsrecht der nachfolgenden Schriften erworben: 1. „Schulden, Steuern und Valuta“ (Preis: Grundzahl 10 Pf.). 2. „Das Existenzminimum“ (Preis: Grundzahl 60 Pf.). 3. „Verbrauchernöte und Valuta“ (Preis: Grundzahl 60 Pf.). 4. „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft“ (Preis: Grundzahl 50 Pf.). 5. „Vor der Revision“ (Preis: Grundzahl 50 Pf.). 6. „Ein Ausweg“ (Preis: Grundzahl 25 Pf.).

Redaktionschluß der nächsten Nummer Mittwoch, den 17. Januar